

Hartz IV mischt Statistik auf

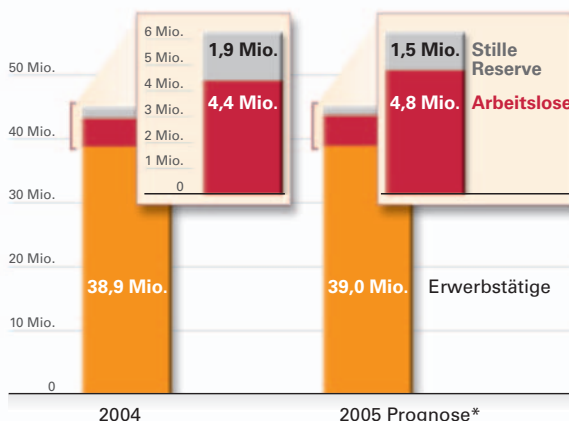
Hartz IV hat die Zahl der Arbeitslosen massiv ansteigen lassen. Wer früher Sozialhilfe erhielt, wird jetzt häufig als arbeitslos registriert. Das bedeutet aber auch: Wenn die Konjunktur anzieht und wieder mehr Beschäftigung entsteht, wird die Arbeitslosenzahl vergleichsweise stärker sinken als bisher. Denn erfolgreiche Arbeitsaufnahmen dieser Personen werden dann auch mitgezählt.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass die Arbeitsmarktreformen die Stille Reserve insgesamt um rund 400.000 Personen verringert haben. Dabei handelt es sich vor allem um Personen, die Arbeit suchen, aber nicht als arbeitslos registriert waren. Viele erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger erhalten vielmehr nun Arbeitslosengeld II und zählen damit zu den Arbeitslosen. Oder sie haben einen Ein-Euro-Job angenommen und zählen somit zu den Beschäftigten. Unterm Strich bescherte Hartz IV der Statistik 200.000 bis 300.000 Arbeitslose mehr, schätzt das IAB. In der Grafik: Prognose für 2005.

2006 rechnet das IMK in seiner Prognose wegen der leicht anziehenden Konjunktur damit, dass die Erwerbstätigkeit 2006 um 0,6 Prozent zunehmen wird. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte damit um knapp 200.000 Personen sinken – etwas stärker als ohne die statistischen Effekte von Hartz IV.

Ohne Arbeit, so oder so

Arbeitsmarkt vor und nach den Hartz-IV-Reformen



* Mittlere Berechnungsvariante des IAB
Quelle: IAB 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

Das Erwerbspersonenpotenzial – also die Zahl der Erwerbstätigen, Arbeitswilligen und -fähigen – dürfte nach einer Analyse des IAB in diesem und im nächsten Jahr noch einmal steigen – trotz schwacher Geburtenraten. Ursachen seien die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Zuwanderung aus dem Ausland. ◀

* Quellen: Wirtschaftliche Entwicklung 2006: Vor schwierigen Weichenstellungen, IMK Report 3/2005; Arbeitsmarkt 2005: Zwischenbilanz und Perspektiven, IAB Kurzbericht 10/2005; Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen, IAB Kurzbericht 11/2005
Download unter www.boecklerimpuls.de

Kurz gemeldet

GESUNDHEIT: Jeder vierte Erwachsene in der EU leidet unter einer psychischen Erkrankung. Jahr für Jahr gehen durch Arbeitsausfälle wegen Angstzuständen oder Depressionen bis zu vier Prozent der Wirtschaftsleistung in der EU verloren. Und mit 58.000 Suiziden, die mehrheitlich auf psychische Ursachen zurückzuführen seien, sterben jährlich mehr Menschen durch Selbsttötung als im Straßenverkehr. Nun soll laut EU-Kommission eine europaweite Strategie zur „Förderung der psychischen Gesundheit“ entworfen werden. Studien warnten, dass Depressionen im Jahr 2020 voraussichtlich die häufigste Krankheitsursache in den Industrieländern seien.

EU-Kommission, 17. Oktober 2005

CALLCENTER: Mehr als ein Prozent der europäischen Bevölkerung arbeitet inzwischen in Callcentern. In Deutschland haben die Telefonisten bessere Konditionen, wenn Tarifverträge gelten und die Beschäftigten sich einen Betriebsrat gewählt haben. Allerdings müssen die Gewerkschaften dazu in den Betrieben Fuß fassen, was oft noch nicht zutrifft. Jedes zweite Callcenter in Deutschland kann weder Tarifvertrag noch Betriebsrat vorweisen, nur 24 Prozent haben beides. Jeder zweite britische und dänische Betrieb ist an Tarife gebunden, in Frankreich und Niederlanden gilt mehrheitlich ein Branchentarifvertrag.

Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Cornell University, 2005

Leitungsgremien britischer Unternehmen

Unternehmen	Branche	Mitglieder gesamt	davon Non-Executives
HSBC Holdings	Bank	20	14
Barclays	Bank	18	10
BP	Öl	17	11
Aviva	Versicherung	16	12
WPP Group	Werbung	16	12
Anglo American	Bergbau	16	10
British Sky Broadcasting	Medien	15	13
AstraZeneca	Pharma	15	10
Royal Bank Of Scotland	Bank	15	10
Royal Dutch Shell	Öl	15	10
Vodafone Group	Telekomm.	15	10

CORPORATE GOVERNANCE: Kontrolle braucht Köpfe. Auch ohne die Unterteilung in Vorstand und Aufsichtsrat – klein sind die Leitungsgremien britischer Großunternehmen nicht gerade. Dem Labour Research Department zufolge haben die Boards der 100 größten börsennotierten Aktiengesellschaften im Schnitt 11,5 Mitglieder. In zwölf Unternehmen gehören mindestens 10 Board-Mitglieder nicht zur Geschäftsführung (Executive Directors), sondern sind so genannte Non-Executives.

Labour Research Department, Oktober 2005

Quellendetails: www.boecklerimpuls.de